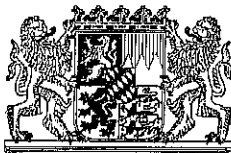


Amtsgericht München

Az.: 345 C 26345/13



IM NAMEN DES VOLKES

Kopie an Mdr.:
Stellngn.

WV:

EINGEGANGEN

29. JAN. 2014

Michael Brand

Kopie an Mdr.:
Stellngn.

Kopie an Mdr.:
Stellngn.

Kopie an Mdr.:
Stellngn.

In dem Rechtsstreit

- Klägerin -

Prozessbevollmächtigter:

gegen

- Beklagte -

Prozessbevollmächtigte:

wegen Schadensersatzes

erlässt das Amtsgericht München durch den Richter am Amtsgericht Saxinger am 24.01.2014
ohne mündliche Verhandlung gemäß § 128 Abs. 3 ZPO folgendes

Endurteil

1. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klagepartei 1.130,-- € nebst Zinsen in Höhe von 5 %-Punkten über dem Basiszinssatz hinaus seit dem 12.03.2013 zuzüglich 603,93 € vorgerichtliche Kosten nebst Zinsen hinaus in Höhe von 5 %-Punkten über dem Basiszinssatz seit 06.10.2013 zu bezahlen.
2. Die Kosten des Rechtsstreits trägt die Beklagtenpartei.

3. Das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 120 % des zu vollstreckenden Betrages vorläufig vollstreckbar.
4. Der Streitwert wird auf 1.130,-- € festgesetzt.

Tatbestand

Die Klagepartei macht gegen die Beklagte Schadenersatzforderungen aus einem Verkehrsunfall geltend, der sich am 13.02.2013 in München ereignete.

Die grundsätzliche Haftung der Beklagten als Haftpflichtversicherung des schadensverursachenden Fahrzeugs ist unstreitig.

Mit Schreiben vom 14.02.2013 meldete die Klagepartei den Unfall bei der Beklagten und mit Schreiben vom 23.02.2013 machte die Klagepartei ihre Schadenersatzansprüche auf Total-schadensbasis mit einer Wiederbeschaffungswert von 5.317,07 € und einem Restwert von 300,-- € geltend. Dieser Restwert entstammte einem Sachverständigengutachten, welches die Klagepartei in Auftrag gegeben hatte. Die Beklagte unterbreitete der Klagepartei ein Restwertangebot in Höhe von 1.430,-- € mit Schreiben vom 01.03.2013.

Die Klagepartei beantragt:

Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 1.130,-- € nebst Zinsen in Höhe von 5 %-Punkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit 12.03.2013 sowie weitere 603,93 € aussergerichtliche Rechtsanwaltsgebühren nebst Zinsen in Höhe von 5 %-Punkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu bezahlen.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Die Beklagte bringt vor, dass sich die Klagepartei auf das wirksame Restwertangebot hätte einlassen müssen.

Im Übrigen wird auf den Akteninhalt Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

Die zulässige Klage ist begründet.

Der Klagepartei steht gegen die Beklagte ein Anspruch auf Schadenersatz gemäß §§ 7 Abs.1, 18 Abs.1 StVG, § 823 BGB, § 115 VVG zu.

Nach Darstellung der Klagepartei erfolgte die Reparatur noch im Februar 2013.

" Im Veräusserungsfall genügt der Geschädigte im Allgemeinen dem Gebot der Wirtschaftlichkeit und bewegt sich in den für die Schadensbehebung nach § 249 Abs.2 BGB gezogenen Grenzen, wenn er die Veräusserung seines beschädigten Kraftfahrzeugs zum demjenigen Preis vornimmt, den ein von ihm eingeschalteter Sachverständiger als Wert auf dem allgemeinen regionalen Markt ermittelt hat " (so BGH, Urteil vom 13.10.2009, VI ZR 318/08).

Dem Geschädigten verbleibt im Rahmen der Schadensminderungspflicht nach § 254 Abs.2 BGB regelmäßig nur dann ein Risiko, wenn er den Restwert ohne hinreichende Absicherung durch ein eigenes Gutachten realisiert und der Erlös sich später im Prozess als zu niedrig erweist. Der Kläger hat hier ein Gutachten erhalten, welches den Restwert auf Grundlage von 3 Angeboten errechnet. Für den Kläger bestanden hier keinerlei Anhaltspunkte, an der Berechnung in dem von ihm erhaltenen Gutachten zu zweifeln. Auf Grundlage dieses Gutachtens durfte der Kläger disponieren. Der Bundesgerichtshof hat festgestellt, dass diese Dispositionsfreiheit nicht nur für den Fall der Veräusserung gilt, sondern auch für den Fall einer Reparatur. Auf die Frage der ordnungsgemäßen und fachgerechten Reparatur kam es dabei nicht an

" Entsprechendes hat zwar zu gelten, wenn der Geschädigte nach der Einholung eines Sachverständigengutachtens, das eine korrekte Wertermittlung erkennen lässt, im Vertrauen auf den darin genannten Restwert und der sich daraus ergebenden Schadenersatzleistung des Unfallgegners, sein unfallbeschädigtes Fahrzeug repariert und weiter nutzt." (so BGH Urteil vom 13.10.2009, VI ZR 318/08).

Der Kläger muss auch nicht auf ein Restwertangebot der Beklagten warten (so Landgericht München I, Aktenzeichen: 17 S 6667/12).

" Damit durfte der Kläger zügig mit der Reparatur seines Fahrzeugs beginnen, da die Annahme des Restwertangebotes der Beklagten nicht mehr möglich war, muss er sich lediglich den von seinem Sachverständigen angesetzten Restwert anrechnen lassen." (so Landgericht München I am angegebenen Ort).

Die vorgerichtlichen Rechtsanwaltsgebühren berechnen sich aus dem erfolgreichen Gegenstandswert.

Bei Ansatz der 1,3-Gebühr zuzüglich Nebenkostenpauschale und Umsatzsteuer errechnen sich diese.

Der Kläger hat nicht, wie von der Beklagtenpartei vorgebracht, eine 1,5-Gebühr geltend gemacht, sondern lediglich eine 1,3-Gebühr.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 ZPO.

Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit folgt aus §§ 708, 711 ZPO.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die Entscheidung kann das Rechtsmittel der Berufung eingelegt werden. Die Berufung ist nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 600 Euro übersteigt oder das Gericht des ersten Rechtszuges die Berufung im Urteil zugelassen hat.

Die Berufung ist binnen einer Notfrist von **einem Monat** bei dem

Landgericht München I
Prielmayerstr. 7
80335 München

einzu legen.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der vollständigen Entscheidung, spätestens mit Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung der Entscheidung.

Die Berufung muss mit Schriftsatz durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt eingelegt werden. Die Berufungsschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung und die Erklärung enthalten, dass Berufung eingelegt werde.

Die Berufung muss binnen zwei Monaten mit Anwaltsschriftsatz begründet werden. Auch diese Frist beginnt mit der Zustellung der vollständigen Entscheidung.

gez.

Saxinger
Richter am Amtsgericht

Verkündet am 24.01.2014

gez.
Reusch, JAng
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



Für den Gleichlaut der Ausfertigung mit
der Urschrift

München, 27.04.2014

Reusch, JAng
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle